

juris-Abkürzung: HaselWasSchGebV
SH 2010

Ausfertigungsdatum: 27.01.2010

Gültig ab: 26.02.2010

Dokumenttyp: Verordnung

Quelle:



Fundstelle: GVOBl. 2010, 228

Gliederungs-Nr: 753-2-125

**Landesverordnung
über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes
für die Wassergewinnungsanlagen der Holsteiner Wasser GmbH,
Neumünster
- Wasserwerk Haseldorfer Marsch -
(Wasserschutzgebietsverordnung Haseldorfer Marsch)
Vom 27. Januar 2010**

Zum 12.05.2010 aktuellste verfügbare Fassung der Gesamtausgabe

Aufgrund des § 4 Abs. 1 des Landeswassergesetzes (LWG) verordnet das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

**§ 1
Geltungsbereich**

(1) Im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung wird zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlagen des Wasserwerkes Haseldorfer Marsch der Holsteiner Wasser GmbH, Neumünster, das Wasserschutzgebiet Haseldorfer Marsch festgesetzt.

(2) Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in die weitere Schutzzone (Zone III), die in die Zonen III A und III B aufgeteilt ist, sowie in die engere Schutzzone (Zone II) und in den Fassungsbereich (Zone I).

(3) Das Wasserschutzgebiet und seine Zonen werden wie folgt umgrenzt:

1. Zone III B äußere Grenze, zugleich (teilweise) äußere Grenze des Wasserschutzgebietes. Die Grenze der Zone III B verläuft
 - a) im Norden beginnend in der Ortschaft Mühlenwurth durch die Feldmark in östlicher Richtung nach Kamperrege, von dort weiter in östlicher Richtung nach Feldhof und schließlich in östlicher Richtung bis an den Landerngraben,
 - b) im Westen nördlich der Kläranlage Hetlingen beginnend, dann auf dem südwestlichen Ufer der Haseldorfer Binnenelbe, weiter auf der Westseite des Gewässers „Kiebitztritt“, anschließend einem Deich in der zweiten Deichlinie folgend bis südlich der Ortschaft „Scholenfleth“, weiter am Landesschutzdeich nach Norden und schließlich durch Scholenfleth bis nach Mühlenwurth.
2. Zone III B innere Grenze, zugleich (teilweise) äußere Grenze der Zone III A. Die Grenze der Zone III B verläuft
 - a) im Süden beginnend nördlich der Kläranlage Hetlingen, der Straße bis nach Hetlingen folgend, dort weiter entlang des Deiches, der von Hetlingen nach Holm verläuft, bis auf die L 261,

- b) im Osten beginnend an der L 261 südwestlich von Schiffstedt, von dort in nördlicher Richtung dem Gewässer „Lanner“ folgend, dann westlich von Holm nach Osten verschwenkt zum größten Teil an einem Wirtschaftsweg in nördlicher Richtung, weiter durch die Feldmark nach Westen, weiter entlang eines Wirtschaftsweges, vom Wirtschaftsweg ausgehend einem Gewässer folgend, anschließend entlang des Gewässers „Kuhlenfleth“ und des weiteren einem Gewässer folgend, das östlich von Hetlingerdeich und südöstlich von Altenfeldsdeich verläuft, anschließend nördlich von Hetlinger Neuerkoog weiter entlang der Lanner und zum Schluss entlang des Landerngrabens.
3. Zone III A äußere Grenze, zugleich (teilweise) äußere Grenze des Wasserschutzgebietes und innere Grenze der Zone III B. Die Grenze der Zone III A im östlichen Bereich des Wasserschutzgebietes verläuft
- a) im Norden beginnend am Landerngraben, weiter in östlicher Richtung nach Heist, südlich der Ortschaft Heist vorbei bis zu einer Linie etwa 600 m östlich der B 431, von dort in nordöstlicher Richtung zum Standortübungsplatz, weiter in südöstlicher Richtung entlang des Standortübungsplatzes und des Flugplatzes,
- b) im Osten anfangend östlich des Flugplatzes, in südöstlicher Richtung bis auf die K 15, von dort nach Süden auf die L 105 treffend, weiter der L 105 folgend, dann entlang des Golfplatzes, von dort streckenweise der L 105 folgend, anschließend durch die Stadt Wedel, schließlich der Wedeler Au folgend bis an den Landeschutzdeich,
- c) im Süden in nordwestlicher Richtung entlang des Landeschutzdeiches bis zur Kläranlage Hetlingen,
- d) im Westen wie unter Punkt 2 a und b beschrieben.
4. Zone II äußere Grenze, zugleich innere Grenze der Zone III A.
- a) Die Grenze der Zone II, im Norden des Wasserschutzgebietes liegend, verläuft
- aa) im Norden nördlich des Ringgrabens, der um den Horizontalfilterbrunnen 3 verläuft,
- bb) im Osten entlang eines Wirtschaftsweges, der von Hetlinger Neuerkoog bis auf die L 261 führt,
- cc) im Süden auf der nordwestlichen Uferseite des Gewässers „Kuhlenfleth“ und weiter südwestlich des Flachbrunnens 2,
- dd) im Westen entlang eines Gewässers, das westlich des Ringgrabens verläuft, der um den Horizontalfilterbrunnen 3 vorhanden ist.
- b) Die Grenze der Zone II, die südwestlich von Holm liegt, verläuft
- aa) im Norden nördlich des Ringgrabens, der um den Horizontalfilterbrunnen 2 vorhanden ist,
- bb) im Osten östlich des Ringgrabens, der um den Horizontalfilterbrunnen 2 vorhanden ist,
- cc) im Süden südlich des Ringgrabens, der um den Horizontalfilterbrunnen 2 vorhanden ist,
- dd) im Westen westlich des Ringgrabens, der um den Horizontalfilterbrunnen 2 vorhanden ist.
- c) Die Grenze der Zone II, die im Süden des Wasserschutzgebietes liegt, verläuft entlang der Flurstücksgrenze des Flurstückes, auf dem sich der

Horizontalfilterbrunnen 1 befindet. Lediglich das längliche schmale Teilstück des Flurstückes, welches entlang eines Wirtschaftsweges verläuft, wird ausgeschlossen.

5. Zone I äußere Grenze, zugleich innere Grenze der Zone II. Die Zone I umfasst die Fläche in einem Radius von 10 m um jeden Brunnen. Die Brunnen sind auf folgenden Flurstücken belegen:
- a) Flurstück 1/9, Flur 3, Gemarkung Wedel
 - b) Flurstück 1/6, Flur 4, Gemarkung Wedel
 - c) Flurstück 55/3, Flur 4, Gemarkung Wedel
 - d) Flurstück 71/6, Flur 5, Gemarkung Wedel
 - e) Flurstück 111/3, Flur 6, Gemarkung Wedel
 - f) Flurstück 149, Flur 6, Gemarkung Wedel
 - g) Flurstück 152, Flur 6, Gemarkung Wedel
 - h) Flurstück 9, Flur 4, Gemarkung Hetlingen
 - i) Flurstück 25/1, Flur 4, Gemarkung Hetlingen
 - j) Flurstück 2/2, Flur 12, Gemarkung Haseldorf
 - k) Flurstück 3/3, Flur 12, Gemarkung Haseldorf

In der dieser Verordnung als Anlage 1 beigefügten Karte ist das Wasserschutzgebiet schwarz umrandet dargestellt.

(4) Die genaue Abgrenzung des Wasserschutzgebietes und seiner Zonen ergibt sich aus einer Karte im Maßstab 1:10.000. Die Karte liegt vom Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung an bei

1. der Landrätin oder dem Landrat des Kreises Pinneberg,
2. den Bürgermeisterinnen oder den Bürgermeistern der Stadt Wedel und der Gemeinde Appen und
3. den Amtsvorsteherinnen oder den Amtsvorstehern der Ämter Haseldorf und Moorrege

aus und kann dort während der Dienststunden eingesehen werden.

§ 2 Begriffe

(1) Zur landwirtschaftlichen Nutzung gehört die Gewinnung von Pflanzen und Pflanzenteilen mit Hilfe der Naturkräfte im Erwerbsgartenbau.

(2) Stickstoffhaltige Düngemittel sind flüssige und feste stickstoffhaltige organische Nährstoffträger sowie flüssige und feste stickstoffhaltige Mineraldünger einschließlich Mischungen aus diesen. Flüssige stickstoffhaltige organische Nährstoffträger sind insbesondere Gülle, Jauche, Geflügelkot einschließlich Geflügeltrockenkot, Silagesickersaft und flüssige Sekundärrohstoffdünger. Feste stickstoffhaltige organische Nährstoffträger sind insbesondere Festmist, fester Geflügelkot mit Einstreu und feste Sekundärrohstoffdünger, wie Klärschlamm und Kompost.

(3) Moorböden sind Böden mit einem Humusgehalt von mindestens 30 Gewichtsprozenten in einer Mächtigkeit von mindestens 30 cm in der obersten Bodenschicht.

(4) Landwirtschaftlich und gartenbaulich genutzte Acker- und Grünlandflächen sind Schläge mit einer Größe von mindestens 0,3 ha.

(5) Dauergrünland ist ein Grünland-Bestand aus einer Artenkombination von ausdauernden Gräsern, Kräutern und Leguminosen, der länger als fünf Hauptnutzungsjahre ohne Umbruch auf demselben Schlag steht. Bei einer Standzeit von mehr als zwei und bis zu fünf Hauptnutzungsjahren handelt es sich um Wechselgrünland. Ackergras ist ein Gräserbestand mit einer Nutzungsdauer von bis zu zwei Hauptnutzungsjahren.

(6) Dauerbrachen sind Ackerflächen, die länger als fünf Jahre nicht landwirtschaftlich genutzt worden sind.

(7) Umbruch ist jede mechanische, flächenhafte Zerstörung der Grünlandnarbe. Hierunter fallen nicht die Nachsaat- und Direktsaatverfahren.

§ 3 Anlagen

Die Anlagen 1 bis 3 sind Bestandteile dieser Verordnung.

§ 4 Schutz der Zone III B

(1) In der Zone III B ist es genehmigungspflichtig,

1. Kohle-, Öl- oder Kernkraftwerke zu errichten oder wesentlich zu ändern,
2. Güterumschlagplätze für wassergefährdende Stoffe im Sinne von § 19 g Abs. 5 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG), die der Wassergefährdungsklasse (WGK) 2 und 3 im Sinne von Ziffer 2 der Verwaltungsvorschrift wassergefährdende Stoffe vom 17. Mai 1999 (BAnz. Nr. 98 a vom 29. Mai 1999), geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 27. Juli 2005 (BAnz. Nr. 142 a vom 30. Juli 2005) angehören, sowie Flugplätze anzulegen oder wesentlich zu ändern,
3. Anlagen zur unterirdischen behälterlosen Lagerung (Tiefspeicherung) wassergefährdender Stoffe anzulegen oder wesentlich zu ändern,
4. Anlagen zur Gewinnung von Erdwärme zu errichten oder wesentlich zu ändern,
5. Schießplätze und Golfplätze einzurichten oder wesentlich zu ändern,
6. Anlagen zum Lagern und Behandeln von Autowracks, Kraftfahrzeugschrott und Altreifen zu errichten oder wesentlich zu ändern,
7. Erdaufschlüsse, durch die die Grundwasserüberdeckung wesentlich vermindert wird, vorzunehmen.

(2) In der Zone III B ist es verboten,

1. Rohrleitungsanlagen zum Befördern von wassergefährdenden Stoffen (§ 19 a WHG) der WGK 2 und 3 zu errichten oder wesentlich zu ändern,
2. Abfallbeseitigungsanlagen zu errichten oder wesentlich zu ändern,
3. auswasch- oder auslaugbare wassergefährdende Materialien beim Bau von Anlagen des Straßen-, Wasser-, Schienen- und Luftverkehrs und von Lärmschutzdämmen zu verwenden,
4. Rückstände aus Wärmekraftwerken und Abfallverbrennungsanlagen, Hochofenschlacken und Gießereisande außerhalb von dafür zugelassenen Anlagen zu lagern oder abzulagern,
5. Abwasser in den Untergrund einzuleiten, zu versickern, verrieseln oder zu verregnen; dies gilt nicht für Niederschlagswasser, für die Untergrundverrieselung von gereinigtem Abwasser aus Kleinkläranlagen, sofern eine Ableitung in ein Oberflächengewässer nicht möglich ist, sowie für Abwasser, das durch landwirtschaftlichen Gebrauch verunreinigt ist und dazu bestimmt ist, zu Zwecken

der Düngung auf landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Böden aufgebracht zu werden,

6. feste oder flüssige Dünge-, Futter- oder Pflanzenschutzmittel sowie Sekundärrohstoffdünger, insbesondere Klärschlamm oder Kompost außerhalb von Gebäuden, flüssigkeitsdichten Anlagen oder Silagewickelballen zu lagern; ausgenommen davon ist Kompost aus der Gehölzproduktion, die Kompostierung in Hausgärten, die Lagerung von Kalk sowie die Lagerung von Futtermitteln, bei denen keine Sickersäfte anfallen.

(3) Für Anlagen der Gefährdungsstufe C gemäß § 6 Abs. 3 der Landesverordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (VAWS) vom 29. April 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 448, ber. S. 592), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 13. Dezember 2007 (GVOBl. Schl.-H. S. 499), hat die Betreiberin oder der Betreiber ein Anlagenkataster zu erstellen. § 11 VAWS gilt entsprechend.

§ 5 Schutz der Zone III A

(1) In der Zone III A ist es genehmigungspflichtig,

1. die in § 4 Abs. 1 genannten Handlungen vorzunehmen,
2. Zwischenlager für Abfälle, ausgenommen die Sammlung und Bereitstellung von Abfällen zur Entsorgung, sowie Anlagen zur Verwertung von Abfällen zu errichten oder wesentlich zu ändern,
3. Kleingartenanlagen einzurichten oder wesentlich zu ändern,
4. Erwerbsgartenbaubetriebe, ausgenommen der Feldgemüseanbau, einzurichten oder ihre Betriebsweise wesentlich zu ändern,
5. Transformatoren und Stromleitungen mit flüssigen wassergefährdenden Kühl- und Isoliermitteln der WGK 2 und 3 zu errichten oder wesentlich zu ändern, sowie stillgelegte Anlagen über einen Zeitraum von mehr als sechs Monaten bestehen zu lassen,
6. Friedhöfe zu erweitern oder neu anzulegen,
7. Motorsportanlagen anzulegen oder wesentlich zu ändern sowie Motorsportveranstaltungen außerhalb bestehender Motorsportanlagen durchzuführen,
8. auswasch- oder auslaugbare wassergefährdende Materialien außerhalb von dafür zugelassenen Anlagen zu lagern,
9. Schmutzwasser und unbehandeltes Niederschlagswasser in ein oberirdisches Gewässer einzuleiten, sofern das Gewässer anschließend die Zone II durchfließt,
10. Steine, Erden oder andere oberflächennahe Rohstoffe zu gewinnen,
11. Fischteiche herzustellen oder wesentlich zu ändern,
12. Dauergrünland umzubrechen; ein Umbruch ist zu genehmigen, wenn andere Verfahren zur Wiederherstellung einer leistungsfähigen Grünlandnarbe ausscheiden; der Umbruch darf nur in der Zeit vom 1. Dezember bis zum 30. April vorgenommen werden; die umgebrochene Fläche gilt abweichend von § 2 Abs. 5 Satz 1 als Dauergrünland,
13. an Dauergrünland eine Nutzungsänderung vorzunehmen; dies gilt nicht bei Aussaat einer Ganzpflanzensilage mit Grasuntersaat, wenn die Wiederherstellung von Dauergrünland beabsichtigt ist; eine Nutzungsänderung ist zu genehmigen, wenn sie durch zwingende Gründe geboten ist; zwingende Gründe liegen insbesondere vor, wenn den Nutzungsberechtigten der Fläche eine Fortsetzung der bisherigen Nutzung nicht zuzumuten ist.

(2) In der Zone III A ist es verboten,

1. Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen der WGK 2 mit mehr als 100 m³ Inhalt und der WGK 3 mit mehr als 10 m³ Inhalt zu errichten oder zu erweitern,
 2. in der Zeit vom 15. September bis zum 31. Januar des folgenden Jahres stickstoffhaltige Düngemittel auszubringen, einzuarbeiten oder abzulagern; bei Wintertraps und Wintergerste sowie bei Fröhsaaten (Sätermin bis 20. September) von Winterweizen, Wintertriticale und Winterroggen ist die Ausbringung von stickstoffhaltigem Mineraldünger noch bis zum 15. Oktober zulässig; feste stickstoffhaltige organische Nährstoffträger, ausgenommen Geflügelmist, dürfen bereits ab dem 1. Dezember wieder ausgebracht werden,
 3. die in § 4 Abs. 2 genannten Handlungen vorzunehmen.
- (3) § 4 Abs. 3 gilt entsprechend.

§ 6 Schutz der Zone II

- (1) In der Zone II ist es verboten,
1. die in § 4 Abs. 1 und 2 sowie § 5 Abs. 1 und 2 genannten Handlungen vorzunehmen,
 2. bauliche Anlagen, insbesondere gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe zu errichten, zu erweitern oder deren Nutzung wesentlich zu ändern,
 3. Straßen, Bahnlinien und sonstige Verkehrsanlagen zu errichten oder wesentlich zu ändern,
 4. Beweidung durchzuführen,
 5. Jauche- und Güllebehälter, Dungstätten oder Gärfuttersilos zu errichten oder wesentlich zu ändern,
 6. Mineraldünger und Pflanzenschutzmittel zu lagern,
 7. Schmutzwasser und unbehandeltes Niederschlagswasser durchzuleiten,
 8. Dräne herzustellen oder wesentlich zu ändern,
 9. gesammeltes verunreinigtes Niederschlagswasser zu versickern,
 10. Frostschuttberegnungen durchzuführen, sofern innerhalb eines Zeitraumes von zwei Monaten zuvor Pflanzenschutzmittel oder Düngemittel ausgebracht worden sind,
 11. Zeltlager, Campingplätze oder Sportanlagen zu errichten oder wesentlich zu ändern,
 12. Sprengungen vorzunehmen,
 13. mit Stoffen der WGK 2 und 3 umzugehen oder diese zu transportieren; ausgenommen ist der Transport, die oberirdische Lagerung von bis zu 5 m³ sowie die Verwendung von Heizöl und Dieselkraftstoff für den häuslichen und gewerblichen Bedarf der Bevölkerung sowie der landwirtschaftlichen und erwerbsgärtnerischen Betriebe in der Zone II,
 14. Dauergrünland und Dauerbrachen umzubereiten,
 15. feste und flüssige stickstoffhaltige organische Nährstoffträger sowie in der Zeit vom 15. September bis zum 31. Januar des folgenden Jahres stickstoffhaltigen Mineraldünger aufzubringen, einzuarbeiten oder abzulagern.
- (2) § 4 Abs. 3 gilt entsprechend.

§ 7 Schutz der Zone I

- (1) In der Zone I ist es verboten,
1. die in den §§ 4, 5 und 6 genannten Handlungen vorzunehmen,

2. Fahr- und Fußgängerverkehr zuzulassen,
3. land- und forstwirtschaftliche sowie gartenbauliche Nutzung durchzuführen,
4. Dünge- und Pflanzenschutzmittel anzuwenden,
5. Anlagen zu errichten oder zu betreiben, die nicht der Errichtung, dem Betrieb oder der Unterhaltung der Wassergewinnungs- und Wasserversorgungsanlagen dienen.

(2) Alle für den Betrieb, die Wartung und die Unterhaltung der Wassergewinnungs- und Wasserversorgungsanlagen erforderlichen Maßnahmen sind so durchzuführen, dass eine schädliche Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist. Zulässig sind geringfügige nachteilige Veränderungen der Eigenschaften des Grundwassers, sofern dieses unverzüglich nach Abschluss der Wartungs- oder Unterhaltungsmaßnahmen aus dem Grundwasserleiter entfernt wird.

§ 8

Allgemeine Regelungen für die Anwendung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln durch die Landwirtschaft und im Erwerbsgartenbau in den Zonen II und III A

(1) Der Einsatz von Düngemitteln hat sich am Nährstoffbedarf der angebauten Pflanzen sowie am Nährstoffgehalt des Bodens zu orientieren. Bei der Bemessung der Stickstoffdüngung ist vom Gesamtstickstoffgehalt der Düngemittel auszugehen. Es gelten die Regelungen der Düngeverordnung (DüV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 2007 (BGBl. I S. 221), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 6. Februar 2009 (BGBl. I S. 153), soweit sich nicht aus den folgenden Bestimmungen zusätzliche Anforderungen ergeben.

(2) Bei Ermittlung der Stickstoffnachlieferung aus der Vorkultur sind nach § 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 Buchst. a DüV die in Anlage 2 Tabelle 1 der Düngeverordnung angegebenen Werte heranzuziehen. Anstelle dieser Werte sind aus dem Umbruch von Dauergrünland für die Folgekulturen:

1. im Jahr des Umbruchs = 60 kg N/ha
2. im Folgejahr = 40 kg N/ha
3. im 2. Folgejahr = 30 kg N/ha anzurechnen.

Für den Umbruch von Wechselgrünland und von Dauerbrachen gelten die Werte der Anlage 2 Tabelle 1 der Düngeverordnung. Zusätzlich ist eine zum Umbruch von Dauer- und Wechselgrünland sowie Dauerbrachen ausgebrachte Stickstoffdüngemenge anzurechnen (§ 10 Abs. 2).

(3) Anstelle der Werte der Anlage 2 Tabelle 2 der Düngeverordnung ist die pflanzennutzbare Stickstofflieferung aus mineralischen Stickstoffgaben nach der Ernte der letzten Hauptfrucht auf die zulässige Stickstoffdüngemenge der Kulturart oder bei Stickstoffgaben zu Zwischenfrüchten auf die nachfolgende Kulturart vollständig anzurechnen. Für organische Stickstoffgaben findet Absatz 5 Satz 1, 3 und 4 entsprechende Anwendung.

(4) Eine Begrenzung der Anrechnung der Stickstoffnachlieferung aus Ernteresten der Vorfrucht und aus Zwischenfrüchten sowie aus organischer und mineralischer Düngung nach der Ernte der letzten Hauptfrucht nach Anlage 2 Tabelle 1 und 2 der Düngeverordnung auf in der Summe höchstens 40 kg N/ha ist nicht zulässig.

(5) Für die Ausnutzung des Stickstoffs aus organischen Düngemitteln gelten für flüssige stickstoffhaltige organische Nährstoffträger im Ausbringungsjahr die Werte der Anlage 3 der Düngeverordnung. Im Folgejahr sind, mit Ausnahme von Jauche, weitere 20 % des Gesamtstickstoffgehaltes bei der Düngung anzurechnen. Für feste stickstoffhaltige

organische Nährstoffträger sind im Ausbringungsjahr einmalig 50 % des Gesamtstickstoffgehaltes anzurechnen. Ergeben sich nach Satz 1 bis 3 niedrigere Anrechnungswerte als nach Anlage 2 Tabelle 2 der Düngeverordnung, sind mindestens die dort genannten Stickstofflieferungen anzurechnen.

(6) Moorböden dürfen nur als Dauergrünland landwirtschaftlich genutzt werden. Auf ihnen dürfen stickstoffhaltige Düngemittel nur bis zum 30. Juni ausgebracht werden.

(7) Über die Bewirtschaftung der Nutzflächen sind unter Verwendung des als Anlage 2 beigefügten Formblattes schlagbezogene Aufzeichnungen zu fertigen. Die Landrätin oder der Landrat des Kreises Pinneberg als untere Wasserbehörde kann andere Formen der Aufzeichnung, insbesondere in automatisierten Dateien, zulassen. Die Angaben sind unverzüglich, spätestens jedoch vier Wochen nach Durchführung der Bewirtschaftungsmaßnahmen oder nach dem Vorliegen der notwendigen Informationen in die Kartei aufzunehmen. Die Unterlagen sind sieben Jahre aufzubewahren und auf Verlangen der Landrätin oder dem Landrat des Kreises Pinneberg als untere Wasserbehörde vorzulegen.

§ 9

Bewirtschaftung und Stickstoffdüngung von landwirtschaftlich und gartenbaulich genutzten Ackerflächen in den Zonen II und III A

(1) Zu Winterraps, Wintergerste, Fröhsaaten von Winterweizen, Winterroggen und Wintertriticale sowie zur Strohrotte ist nach der Ernte der letzten Hauptfrucht eine Stickstoffdüngung von höchstens 40 kg N/ha zulässig. Stickstoffgaben zur Strohrotte sind darüber hinaus nur zulässig, sofern danach eine Herbstsaat erfolgt.

(2) Der Zwischenfruchtanbau ist anzustreben. Zu Zwischenfrüchten sind mineralische Stickstoffgaben in Höhe von maximal 40 kg N/ha zulässig. Organische Stickstoffgaben zu Zwischenfrüchten ohne Futternutzung sind im Herbst nicht zulässig.

(3) Erfolgt nach der Ernte der Hauptfrucht keine Herbstbestellung mit einer Haupt- oder Zwischenfrucht, ist ausschließlich eine flache Stoppelbearbeitung bis zum 15. September zulässig. In dem Zeitraum vom 15. September bis 30. November ist eine Bodenbearbeitung ohne nachfolgende Herbstbestellung unzulässig. Jegliche Bodenbearbeitung ohne unmittelbar nachfolgende Herbstbestellung ist erst ab dem 1. Dezember wieder zulässig.

§ 10

Bewirtschaftung und Stickstoffdüngung von Grünland und Dauerbrache

(1) Die Ermittlung des Stickstoffbedarfs für die verschiedenen Nutzungsformen des Grünlandes (Grünland mit reiner Schnittnutzung, Mähweiden und Weiden) richtet sich nach § 3 Abs. 2 Nr. 1 und Anlage 1 der Düngeverordnung. Die hierzu ergangenen konkretisierenden „Richtwerte für die Düngung“, 20. Auflage 2009, der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, Am Kamp 15-17, 24768 Rendsburg, sind der Ermittlung verbindlich zu Grunde zu legen.

(2) In den Zonen II und III A dürfen zum Umbruch von Dauer- und Wechselgrünland sowie Dauerbrachen mit stickstoffhaltigen organischen Nährstoffträgern nur bis zu 60 kg N/ha ausgebracht werden.

(3) In den Zonen II und III A ist der Umbruch von Dauerbrachen nur vom 1. Dezember bis zum 30. April zulässig.

§ 11

Erwerbsgartenbau

Auf Flächen, die für den Anbau von Zierpflanzenbau-, Baumschul- und Staudengärtnerkulturen genutzt werden, ist § 8 Abs. 7 Satz 1 nicht anzuwenden. Über die Bewirtschaftung der Nutzflächen ist unter Verwendung des als Anlage 3 beigefügten Formblattes eine Quartier-Datei zu fertigen; § 8 Abs. 7 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend.

§ 12 Genehmigung

Über die Genehmigung nach § 4 Abs. 1 und § 5 Abs. 1 entscheidet auf Antrag die Landrätin oder der Landrat des Kreises Pinneberg als untere Wasserbehörde. Ist ein bergrechtlicher Betriebsplan erforderlich, entscheidet die zuständige Bergbehörde im Einvernehmen mit der Landrätin oder dem Landrat des Kreises Pinneberg. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn eine schädliche Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist oder durch Nebenbestimmungen im Sinne von § 107 des Landesverwaltungsgesetzes vermieden oder ausgeglichen werden kann. § 5 Abs. 1 Nr. 12 und 13 bleibt unberührt. § 13 Satz 3 gilt entsprechend.

§ 13 Ausnahmen

Die Landrätin oder der Landrat des Kreises Pinneberg als untere Wasserbehörde kann auf Antrag Ausnahmen von den Ge- und Verboten der § 4 Abs. 2, § 5 Abs. 2, § 6, § 7 Abs. 1 sowie §§ 8 bis 10 zulassen, wenn

1. Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichung erfordern oder
2. das Ge- oder Verbot im Einzelfall zu einer unbilligen Härte führt und das Wohl der Allgemeinheit nicht entgegensteht

und eine schädliche Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist oder durch Schutzvorkehrungen verhindert werden kann. § 12 Satz 2 gilt entsprechend. Die Ausnahme kann widerrufen oder nachträglich mit zusätzlichen Nebenbestimmungen versehen werden, um das Grundwasser im Rahmen dieser Verordnung vor einer schädlichen Verunreinigung oder einer sonstigen nachteiligen Veränderung seiner Eigenschaften zu schützen, die bei der Erteilung der Ausnahme nicht voraussehbar war.

§ 14 Duldungspflichten

Die Eigentümerinnen und Eigentümer sowie die Nutzungsberechtigten von Grundstücken im Wasserschutzgebiet haben die Maßnahmen der Wasserbehörde zu dulden (§ 83, § 110 Abs. 1 LWG und § 19 Abs. 2 Nr. 2 WHG) und insbesondere zuzulassen, dass

1. der Zustand und die Nutzung des Wasserschutzgebietes überwacht und in diesem Rahmen Maßnahmen zur Beobachtung des Gewässers und des Bodens getroffen werden,
2. bestehende Anlagen und sonstige Einrichtungen auf ihre Rechtmäßigkeit oder daraufhin überprüft werden, ob Auflagen erfüllt und Verbote beachtet werden,
3. Zäune, Hinweis-, Warn-, Gebots- und Verbotsschilder aufgestellt, unterhalten oder beseitigt werden.

Wenn Aufgaben nach Satz 1 Nr. 1 hinsichtlich der Überwachung des Zustandes und der Nutzung des Wasserschutzgebietes oder nach Satz 1 Nr. 3 im Rahmen der Selbstüberwachung durch das Wasserversorgungsunternehmen wahrgenommen werden, haben die Eigentümerinnen und Eigentümer sowie die Nutzungsberechtigten von Grundstücken die zur Erfüllung dieser Aufgaben erforderlichen Maßnahmen zu dulden.

§ 15 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig nach § 41 Abs. 1 Nr. 2 WHG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. eine gemäß § 4 Abs. 1 oder § 5 Abs. 1 Nr. 1 bis 6 und 8 bis 14 genehmigungspflichtige Handlung ohne die Genehmigung gemäß § 12 vornimmt,

2. eine gemäß § 4 Abs. 2, § 5 Abs. 2, § 6, § 7 Abs. 1 Nr. 1 und 3 bis 5, § 8 Abs. 6, § 9 Abs. 2 Satz 3, Abs. 3 oder § 10 Abs. 3 verbotene oder für nur beschränkt zulässig erklärte Handlung ohne die Ausnahme gemäß § 13 vornimmt oder
3. die gemäß § 8 Abs. 2 bis 5, § 9 Abs. 1, 2 Satz 2 und § 10 Abs. 1 und 2 einzuhaltenden Grenz- und Anrechnungswerte bei der Stickstoffdüngung landwirtschaftlich genutzter Flächen nicht berücksichtigt oder überschreitet.

(2) Ordnungswidrig nach § 144 Abs. 1 Nr. 1 LWG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 4 Abs. 3, § 5 Abs. 3 oder § 6 Abs. 2 kein Anlagenkataster erstellt oder
2. der Vorschrift des § 8 Abs. 7 oder § 11 über die Führung einer Schlagkartei oder Quartier-Datei zuwiderhandelt.

(3) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von bis zu 50.000 € geahndet werden.

§ 16 Ausgleich

Soweit diese Verordnung Handlungspflichten begründet oder erhöhte Anforderungen festsetzt, gilt für den Ausgleich der dadurch verursachten wirtschaftlichen Nachteile (§ 19 Abs. 4 WHG, § 104 Abs. 5 LWG) die Ausgleichsverordnung vom 4. Dezember 2001 (GVOBl. Schl.-H. S. 412), geändert durch Verordnung vom 7. Mai 2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 309).

§ 17 In-Kraft-Treten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Wasserschutzgebietsverordnung Haseldorfer Marsch vom 16. Dezember 1998 (GVOBl.-Schl.-H. S. 385) *) außer Kraft.

Die vorstehende Verordnung wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Kiel, 27. Januar 2010

D r . J u l i a n e R u m p f

Ministerin
für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Fußnoten

*) GS Schl.-H. II, Gl. Nr. 753-2-65

Anlage 1

Anlage 1



Anlage 2

Einzelschlagaufzeichnung für Acker- und Grünlandnutzung (Teil 1)

Anlage 2, Seite 1
WSG-Verordnung Haseldorfer Marsch

Wasserversorgungsuntersuchungen:

Betrieb:	Erntejahr:	Wasserschutzgebiet:		Schutzzone:
Schlagname:	Feldblock:	Bodenart:	Humus:	Nettofläche ha:
Kulturart:	Saattermin (Frühjahr):	Gemarkung:	Flur:	Flurstück:
Vorfrucht:	Zwischenfrucht:	Ein Ertrag der letzten beiden Ernten der Hauptkulturart:		dt./ha:

Berechnung des Stickstoffbedarfs (gemäß § 3 DÜV, Anlagen 1 bis 3 DÜV und § 8 Abs. 2 bis 5 und § 10 Abs. 1)

Ackernutzung:	kg N/ha
Weiden, Weiden auf Moorböden:	kg N/ha
Grünland Schnittnutzung und Mähweide:	kg N/ha
ggf. Berücksichtigung weiterer Einflussfaktoren gemäß § 3 Abs. 2 Nr. 2 bis 5 DÜV:	Begründung: kg N/ha
abzüglich Anrechnungen:	N-Nachlieferung aus Vorkultur einschli. Umlinrichtmaßnahmen von Grünland, Dauerbrachen kg N/ha
	N-Nachlieferung aus org. Dünger Vorjahr kg N/ha
Zulässige Stickstoff-Düngemenge im WSG (organisch und mineralisch): kg N/ha	

Organische Düngung (Stickstoff-Anrechnung: flüssige org. Nährstoffträger: gemäß DÜV im Aufbringungsjahr + 20% im Folgejahr (ausgenommen Jauche), feste org. Nährstoffträger: 50% im Aufbringungsjahr)

Datum:	Düngerart (kg N/dt, m³)	Düngermenge (m³ bzw. dt/ha)	anrechenbare Stickstoffdüngemenge
			kg N/ha
			kg N/ha
			kg N/ha
			kg N/ha
			kg N/ha

Mineralische Düngung (Stickstoff-Anrechnung: mineralische Dünger: 100%)

Datum:	Düngerart	Düngermenge (m³ bzw. dt/ha)	anrechenbare Stickstoffdüngemenge
			kg N/ha
			kg N/ha
			kg N/ha
			kg N/ha
			kg N/ha

Gesamtdüngemenge (organisch + mineralisch): kg N/ha

Einzelschlagaufzeichnung für Acker- und Grünlandnutzung (Teil 2)

Anlage 2, Seite 2
WSG-Verordnung Haseldorfer Marsch

Erntemengen/ -entzüge Ackerernutzung

Korn / Rübe / Knolle (FM; TM bei Silomais)	Abfuhr Stroh/ Blatt		<input type="radio"/> Ja	<input type="radio"/> Nein
Gesamtertrag/Schlag:	dt	Stickstoffgehalt der Kulturart gemäß DÜV	Stickstoffentzug durch Ernte	
Ertrag pro ha:	x	kg N/dt	kg N/ha	

Erntemengen/ -entzüge Grünland Schnittnutzung

	Ertrag / Schlag	Ertrag dt TM/ha	Stickstoffentzug*	
1. Schnitt			x	kg N/dt TM kg N/ha
2. Schnitt			x	kg N/dt TM kg N/ha
3. Schnitt			x	kg N/dt TM kg N/ha
4. Schnitt			x	kg N/dt TM kg N/ha
Gesamtertrag:	dt TM	dt/ha	kg N/ha	

* Sofern keine Ergebnisse aus eigenen Futtermittelanalysen (N-Gehalt = Rohprotein Gehalt/8,25) vorliegen, ist der N-Gehalt von 2,5 kg N/dt ha heranzuziehen

Schlagbezogene Stickstoffbilanz

Gesamtdüngemenge (organisch + mineralisch) s. Seite 1	(Stickstoff-Zufuhr)	kg N/ha
abzüglich Stickstoffentzug	(Stickstoff-Abfuhr)	kg N/ha
Differenz Stickstoff Zufuhr/Abfuhr:		kg N/ha

Eingesetzte Pflanzenschutzmittel bzw. Grünlandumbruch

Datum	Maßnahme gegen	Wirkstoff und Handelsname	Aufwandmenge (kg/ha)

Anlage 3

Anlage 3, Seite 1
WSG-Verordnung Haseldorfer Marsch

Quartier-Datei

Quartier-Bezeichnung:		Eigenland/Pacht:		Düngung Freiland				
Breite x Länge: _____ m Labor		Bodenart		Volumengewicht				
Gesamtgröße: _____ ha Methode		Humus (%)						
Kulturjahr	Kultur (mit Reihenabstand)	Bodenuntersuchungen		Organ. Düngung z. B. Stallmist dt/ha, Gründüngung,		Minerallsche Düngung Gabe		Ausbringung Termin Bemerkung
		Datum	kg/ha Nmin	dt/ha	kgN/ha	dt/ha	kgN/ha	

Anlage 3, Seite 2
WSG-Verordnung Haseldorfer Marsch

Quartier-Datei

Quartier-Bezeichnung:					Größe:		Pflanzenschutz	
Kultur	Datum	Maßnahme gegen	Präparat (Handelsname)	Aufwandmenge in kg je ha oder l je ha (%)	Ausbringungsart -gerät	Bemerkungen		
						Unkrautbekämpfung		